

<Anrede>

Eine überregionale Zeitung hat am 5. Juli unserer Stadt den Titel „Wut-Stadt“ verliehen. Das passt nicht zum Marketing der Stadtverwaltung und der Geschäftswelt. Aber das ist ehrlich gesagt auch nicht meine Hauptsorge.

Vielmehr frage ich mich, ob die Bürgerwut hier wirklich so groß ist.

Und: Wohin führt sie? Wie kann man ihr begegnen?

Antifaschistische Recherche hat seit drei Jahren konkret auf die immer größere Rolle von rechten Menschenfängern bei Protesten hingewiesen.

Das wurde jetzt von den Medien aufgegriffen. Das ist schon mal gut.

Aber die Hinweise werden in blinder Wut nicht zur Kenntnis genommen - geschweige denn abgewogen. So füllen Empörung und Wut nur das Stimmenkonto der AfD.

Wir haben auf unserem Aufruf betont, dass wir uns freuen über die neuen vielfältigen Initiativen. Sie zeigen, dass rechte Aufzüge wie die der letzten Monaten von der Stadtgesellschaft nicht akzeptiert werden. An dieser Stelle kann ich mir nicht verkneifen, auf eine Geschichtsverzerrung hinzuweisen: Sie macht die Runde - nicht zuletzt durch einen Beitrag des Alt-OB in der letzten Stadtratssitzung: Es wären die damaligen SPD-Stadträte mit einer Hallenveranstaltung(!) gewesen, die den NPD-Aufmärschen ein Ende gesetzt hätten. Quatsch! Das Bündnis gegen Rechts hatte am 24. Februar 97 mit einer sehr großen Demo der NPD gezeigt, dass unsere Straßen für sie kein sicheres Aufmarschgebiet mehr sind. Herzog weiß das auch. Er war damals bei der Vorbereitung noch mit am Tisch des BgR gesessen.

Wir freuen uns heute, dass es viele neue Initiativen gegen die rechten Aufmärsche gibt. Aber meine Sorge ist, dass das jetzige bunte Merchandising einerseits und andererseits all das Fingerzeigen auf wirkliche und vermeintliche Nazis nicht genügen wird, den derzeitigen Rechtsruck zu stoppen.

Wo bleibt dabei die politische Ebene? Argumente, die z. B. auch jene Leserbriefschreiberin mitnehmen können, die gefordert hat: „Die Augen öffnen für das, was uns eint“. Sie schreibt, bemerkenswert selbstkritisch übrigens, sie sei mit Vielem nicht einverstanden, was in unserem Land vor sich geht. Ich frage, wer von uns ist das nicht auch?

Klar ist, wir sprechen nicht mit Faschisten, wir sprechen über sie, klären auf. Müssten wir aber eben deshalb solch unsichere Menschen nicht in ihrer Kritik und Selbstkritik bestärken, ihnen noch stärker die Augen öffnen, dass sie genau bei den Falschen mitlaufen? Dass sie dort keine Lösungen finden, wie es im Land besser gehen könnte?

Zum Beispiel mit entlarvenden Fragen wie:

Was setzt die AfD der herrschenden Politik entgegen?

Was ist ihre Alternative?

Müssen wir derart suchenden Menschen nicht noch geduldiger belegen, dass die Forderungen der AfD auf Nationalismus und nationale Volksgemeinschaft hinauslaufen: eine Gemeinschaft über Klassegegensätze hinweg, Gemeinschaft der Eliten mit den „kleinen Leuten“. Wie kann es da eine Politik ausgesprochen für die Interessen „kleiner Leute“ geben, für den unteren Mittelstand, die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, die RentnerInnen, wie von der AfD immer behauptet?

Die Wirkungen von Nationalismus und „Volksgemeinschaft“ hat uns die Geschichte grausam bewiesen. Wir müssen deutlich machen: Die AfD **kann** überhaupt keine Alternative bieten zu dem, „was hier im Land vor sich geht“, keine Alternative zum kapitalistischen Krisensystem.

Und ich erlaube mir, auf Horkheimers Satz hinzuweisen: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen!

Wir wissen: Faschismus ist eine Ideologie nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Vertreter bürgerlicher Parteien werfen der AfD vor, dass sie „im bürgerlichen Gewand daherkommt“. Auch wenn sie auf Protestwellen surft. Sie mag sich sogar systemkritisch gebärden. Aber die AfD **ist** eine bürgerliche Partei!

Fleisch vom Fleische der Parteien wie Union und FDP. Sie bedient Kapitalinteressen. Der „kleine Unterschied“ zu den „Etablierten“: Sie protegiert offen auftretende Faschisten in ihren Reihen. Eine breite Unzufriedenheit verschafft der AfD zur Zeit einen Umfrageaufschwung. Er zwingt die „etablierten“ Parteien schon jetzt dazu, ihre verbal hochgezogenen „Brandmauern“ gegen Rechts einzureißen. Dementi sprechen Bände.

Denken wir daran: Der aktuelle Rechtsruck, zunehmende Repression, Demokratie- und Sozialabbau spiegeln sich nicht nur in der AfD!

Oder wie sind z.B. die neuen Polizeigesetze einzuschätzen? Wie die Gesetze zur Kontrolle von so genannter Desinformation, die Ausweitung von Kompetenzen des Verfassungsschutzes, wie die jüngsten Bestrebungen, die wahnsinnige Aufrüstung am Parlament vorbei durchzupeitschen?

Setzen wir diesem Rechtsruck unseren politischen Kampf entgegen!

Öffnen wir dumpf-blinder Bürger-Wut die Augen!

- Gegen die völkisch-nationalistischen AfD-Wahlkampf-Aufzüge!
- Schluss mit dem Treiben ihrer faschistoiden Wahlhelferkameraden wie Schüssler, Nahrath, Jagsch, Hetzel, Bühler & Co!
- Gegen jede Form von Nationalismus, Rassismus und Faschismus – wann und wo auch immer!